

**Mediengattung:** Online News

**Visits (VpD):** 0,153 (in Mio.)

**Nummer:** 4096006147

**Weblink:** <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/107278/Hartmannbund-ruft-zum-Dialog-ueber-demografischen-Wandel-bei-Aerzten-auf>

## Hartmannbund ruft zum Dialog über demografischen Wandel bei Ärzten auf

Berlin – Der Präsident des Hartmannbundes, Klaus Reinhardt, hat Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) aufgefordert, mit der Ärzteschaft „in einen konstruktiven Dialog“ über den demografischen Wandel bei Ärzten einzutreten.

„Ein Drittel der Ärzteschaft geht in den Jahren 2027 bis 2031 in Rente“, sagte Reinhardt heute auf der Hauptversammlung des Hartmannbundes in Berlin. „Gleichzeitig gehen auch die anderen Babyboomer in Rente und brauchen dann wahrscheinlich mehr Versorgung als heute.“

Vor diesem Hintergrund müsse sich die Form des ärztlichen Handelns und deren Umfang ändern. „Deshalb plädiere ich für eine behutsame, kluge Beschäftigung mit der Frage: Was müssen Ärzte wirklich tun und was können auch andere Berufsgruppen machen?“

Viele der Gesetze und Gesetzesvorhaben von Spahn konnte Reinhardt Gutes abgewinnen, zum Beispiel dem MDK-Reformgesetz und dem Digitale-Versorgung-Gesetz, die beide gestern vom Bundestag verabschiedet wurden.

Zudem sei Spahn ein fleißiger und sehr umtriebiger Gesundheitsminister. „Es vergeht ja fast keine Woche, in der nicht ein gesundheitspolitisches Thema in den Schlagzeilen ist“, sagte Reinhardt. „In dieser Form habe ich das noch nie erlebt.“ Umgang mit Ressourcen verbessern Reinhardt mahnte jedoch, dass es im Gesundheitswesen größere Probleme geben als einige derjenigen, die Spahn bislang angegangen ist. Neben der demografischen Entwicklung in der Ärzteschaft sei dies zum Beispiel der Umgang mit den Ressourcen im ambulanten Bereich. Denn derzeit könnten sich Ärzte nicht in dem Ausmaß um ihre schwer kranken Patienten kümmern,

wie sie es wollen, weil auch viele Patienten in den Wartezimmern sitzen, die dort nicht sitzen müssten.

„Man braucht zum Beispiel keinen gut eingestellten Hypertoniker mit guter Compliance einmal im Quartal zu sehen“, betonte Reinhardt, der seit Mai dieses Jahres auch Präsident der Bundesärztekammer ist. „Ich könnte diesem Patienten ein Rezept für ein Jahr ausstellen und bräuchte ihn dann auch erst wieder in einem Jahr zu sehen.“

Derzeit gebe es in den Praxen vielfach einen Turnover, der Zeit vergeude. Wenn die Ressourcen im ambulanten Bereich besser alloziert würden, bedürfe es auch keiner gesetzlichen Vorgaben wie denen aus dem Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG). „Dann hätten wir noch viel kürzere Wartezeiten in den Praxen, als wir sie ohnehin schon im Vergleich zu anderen Ländern haben“, so Reinhardt.

Forderung nach besserer Krankenhausplanung

Für eine bessere Allokation der Ressourcen sprach sich Reinhardt auch im stationären Bereich aus. Denn die Zahl der Krankenhausstandorte in Deutschland sei zu hoch. Der Präsident des Hartmannbundes rief die Bundesländer dazu auf, eine besser abgestimmte Krankenhausplanung auf den Weg zu bringen.

„Es wäre sinnvoll, dass sich die Verantwortlichen vor Ort überlegen, wo man clustern kann“, sagte er. „Dafür müssten sich aber die Landräte besser untereinander abstimmen.“ Leider habe er „so viel Erwachsensein“

bei den Kommunalpolitikern kaum festgestellt.

aerzteblatt.de

„Und dieser Missstand wird aktuell auf dem Rücken von Ärzten und Pflegenden ausgetragen“, kritisierte Reinhardt. Denn um in einem unterfinanzierten System nicht in die Insolvenz zu kommen, sei der Einfluss der Ökonomen in den Krankenhäusern zu groß geworden. „Der Bogen zwischen den Kaufmännern und der Ärzteschaft ist weit gespannt“, sagte Reinhardt. „Ich glaube, die Bogenseite ist nicht mehr weit davon entfernt zu reißen.“

Sorgen bereitet Reinhardt, dass immer mehr Private-Equity-Unternehmen Einrichtungen im Gesundheitswesen betreiben, in denen sie Ärzte anstellen. Es gebe einen klaren Unterschied zwischen Ärzten und Managern. „Denn Ärzte sitzen nicht vor ihren Patienten und überlegen sich, was sie aus ihnen herauslösen können“, betonte Reinhardt.

Und je kränker ein Patient sei, desto weniger dächten Ärzte an die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ihrer Arbeit. Demgegenüber schauten Private-Equity-Manager zunächst einmal, ob die Rendite stimme. Deshalb könne man nicht die Sorge vom Tisch wischen, dass ein Private-Equity-Unternehmen wirtschaftlichen Druck auf die bei ihm angestellten Ärzte ausübe. „Man muss sich mit diesem Thema befassen“, forderte Reinhardt. „Natürlich ist das schwer. Aber es ist der Mühe wert.“ © fos/aerzteblatt.de

**Abbildung:**

Klaus Reinhardt, Präsident des Hartmannbundes /CHLietzmann.

**Wörter:**

617